

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschussdrucksache 21(9)062

10.10.2025

Stellungnahme Bellona Deutschland gGmbH

Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes BT-Drucksache 21/1494

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Siehe Anlage



Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (BT-Drucksache 21/1494)

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags am 13.10.2025

Bellona Deutschland bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der öffentlichen Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages am Montag, den 13.10.2025, zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes Stellung nehmen zu können.

Klimaziele erfordern sofortiges Handeln – und die Integration von CCS als Baustein der Industrietransformation zur Klimaneutralität

Deutschland steht an einem kritischen Punkt seiner Klimapolitik. Die bisherigen Emissionsminderungen stammten vor allem aus der Stromerzeugung und aus Effizienzsteigerungen. Diese Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft und müssen aktiv weiter gehoben werden. Sie allein werden aber nicht ausreichen, um im Industriesektor zur Klimaneutralität zu führen, auch wenn bei der Elektrifizierung von Prozessen noch Potenziale realisiert werden können. Die verbleibenden Emissionen – insbesondere in der Industrie – sind technisch anspruchsvoll zu mitigieren, strukturell tief in etablierten Wertschöpfungsketten verankert und prozessbedingt schwer- oder unvermeidbar. Es gibt zunehmend weniger niedrighängenden Früchte, die man bequem pflücken kann.

Um das nationale Klimaneutralitätsziel 2045 einzuhalten, müssen alle verfügbaren Instrumente parallel und komplementär eingesetzt werden, mit dem Ziel, robuste und zugleich realistische Pfade zur Zielerreichung zu avisieren. Dazu gehört neben Elektrifizierung, Wasserstoff, Effizienz und Kreislaufwirtschaft auch die Abscheidung, der Transport und die permanente Speicherung von ${\rm CO_2}$ (CCS). Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit der vorliegenden Novelle des KSpG einen wichtigen Schritt vorangeht.

2. CCS als Teil eines ambitionierten Pfads zu Klimaneutralität der Industrie – keine Alternative, sondern notwendige Ergänzung zur Emissionsvermeidung

Bellona steht für ein klares Prinzip: CCS ist kein Ersatz für die Vermeidung von Emissionen vor ihrer Entstehung, sondern eine notwendige Ergänzung in Bereichen, in denen Emissionen technisch nicht vollständig vermeidbar sind oder andere standortspezifische oder ökonomische Hemmnisse für den Hochlauf von Alternativen zu CCS bestehen.



Fokus auf schwer vermeidbare Emissionen in der Industrie

Allein die Prozessemissionen in der Zement- und Kalkindustrie sowie der thermischen Abfallwirtschaft machen zusammen rund ein Drittel der industriellen Treibhausgasemissionen Deutschlands aus. Ohne CCS können diese Emissionen auch langfristig nicht eliminiert werden, da Alternativen nicht hinreichend vorhanden sind oder aus technischen Gründen absehbar nicht genügend skaliert werden können. In jedem Fall bringen diese Ansätze die o. g. Industrien nicht allein zur Klimaneutralität.

Die Integration von CCS als ein Baustein in ein vielfältiges Portfolio von Klimaschutzinstrumenten bietet zudem systemische Mehrwerte, etwa bei der Produktion von low-carbon ("blauem") Wasserstoff als temporäre Ergänzung zum grünen Wasserstoff oder dem Umgang mit Restemissionen in transformierten Prozessrouten. Auch bei der Emissionsvermeidung in der Chemieindustrie sollte CCS trotz grundsätzlicher Elektrifizierbarkeit vieler Anlagen nicht vorschnell ausgeschlossen werden, da standortspezifische Faktoren die von den Unternehmen avisierten Transformationspläne beeinflussen können. Dies betrifft unter anderem diejenigen Steamcracker, welche auch bei möglichen tiefergehender Routenumstellungen mindestens mittelfristig weiterhin betrieben werden dürften.

Gleichzeitig ist CCS eine wesentliche Voraussetzung für spätere technische Negativemissionen (CDR) – etwa über Verfahren zur chemischen Umwandlung von Biomasse in Energie und/oder Chemikalien mit anschließender Abscheidung und Speicherung des dabei entstehenden CO₂ (Bio-CCS).

Eine hierarchische Abfolge von Technologien, die CCS zeitlich erst nach der vollständigen Elektrifizierung oder der Versorgung mit grünem Wasserstoff vorsieht, ist klimapolitisch riskant. Alle effektiv zu Emissionsreduktionen führenden Technologien müssen nunmehr parallel vorbereitet werden, um bis 2045 auf die Erreichung der Klimaziele einzahlen zu können. Ein Warten auf perfekte Maßnahmen – aber auch das Verschieben jetzt nötiger Implementierung – führt nur zu steigenden Kosten und der erhöhten Notwendigkeit ungleich teurerer CO₂-Entnahme. Diese ist wiederum durch die Verfügbarkeit nachhaltig erzeugter Biomasse für Bio-CCS oder großer erforderlicher Mengen erneuerbarer Energie bei DACCS begrenzt. *Wir begrüßen daher den zügigen parlamentarischen Prozess zum KSpTG*.

Der Einsatz von CCS sollte insgesamt auf die Reduktion von sogenannten "schwer vermeidbaren Emissionen" konzentriert werden. Dabei handelt es sich um einen im Zeitverlauf immer wieder neu dynamisch zu bestimmenden Begriff. Weil wir nicht intertemporal abschließend bestimmen können, in welchem Umfang CCS wo zum Einsatz gebracht werden muss, ist eine abschließende Definition zugelassener Anwendungsbereiche – ob in KSpTG oder CMS – nicht sinnvoll. *Im Grundsatz begrüßen wir daher die Ermöglichung von CCS bei vielfältigen Anwendungsfällen*.

Anwendungsbereiche mit hohem Klimanutzen identifizieren

Gleichzeitig können wir mit wissenschaftsbasierten Methoden hinreichend klare Aussagen darüber treffen, in welchen Anwendungsbereichen der Klimanutzen einer Anwendung



besonders groß ist. Bellona Deutschland hat für diese notwendige Bewertung in Zusammenarbeit mit dem Klima-Thinktank E3G und weiteren Autor:innen die CCS Ladder entwickelt, die noch in diesem Jahr ein Update erhält.

In dieser Methodik bewerten wir anhand der Kriterien Wettbewerb durch andere Technologien, Minderungspotenzial, Durchführbarkeit und der Reflexion, z. B. möglicher Lock-in-Effekte, den Klimanutzen eines Einsatzes von CCS in den meistdiskutierten Anwendungsfällen. Dabei wird deutlich: In keiner Anwendung ist CCS die ausschließlich erforderliche Maßnahme und es müssen auch in "No regret"-Bereichen weitere Schritte erfolgen. In unterschiedlichem Umfang ist CCS jedoch in verschiedenen Branchen und Anwendungen ein essenzieller Baustein, um Klimaneutralität zu erreichen. Den "No regret"-Branchen sind die Kalk- und Zementindustrie sowie die thermische Abfallbehandlung klar zuzuordnen, allerdings gibt es auch darüber hinaus zeit- und kontextabhängig weitere wichtige Anwendungsfelder.

Die Anwendung von CCS im deutschen Stromsektor ist nicht empfehlenswert. Statt über CCS als Möglichkeit der partiellen Dekarbonisierung von stromgeführten Gaskraftwerken zu diskutieren, sollte die Arbeit an einer System- und Flexibilisierungsstrategie und insbesondere die Strommarktreform inklusive eines technologieoffenen Mechanismus für die Sicherung von Kapazitäten für die Wahrung der Versorgungssicherheit priorisiert werden. Der letztlich erforderliche Bedarf an neuen Gaskraftwerkskapazitäten kann dadurch substanziell minimiert werden. Beim Hochlauf von CCS sollten Klimanutzen und Fördereffizienz im Mittelpunkt stehen: Die in Aussicht gestellte Subventionierung von CCS an Gaskraftwerken ist jedoch kostspielig und systemisch von fragwürdigem Klimanutzen. Wir fordern daher eine konsequentere Orientierung am differenzierten Klimanutzen der einzelnen Anwendungsmöglichkeiten von CCS.

Kein CCS ohne klare Strategie und zielgerichtetes Förderregime

Daher bedarf ein am Klimaschutznutzen der Technologie orientierter Hochlauf von CCS einer umfassenden strategischen Begleitung in Form einer umfassenden, kohärenten und transformationsgestaltenden Carbon Management-Strategie (CMS). Im Rahmen der CMS müssen Anwendungskriterien für CCS definiert werden, die sich am Klimanutzen orientieren. Diese Leistung muss im Rahmen eines regierungsseitig breit und dauerhaft getragenen Strategiedokumentes erfolgen und kann nicht in das KSpTG integriert werden. Wir fordern daher eine rasche Veröffentlichung der in ihrer notwendigen Orientierungsleistung für alle betroffenen Stakeholder unersetzlichen Carbon Management-Strategie mit hinreichender Detailtiefe.

Die hohen Kosten von CCS im Verhältnis zum absehbaren ETS-Preispfad, welcher zudem von Unsicherheiten geprägt ist, erfordern gleichzeitig den Aufbau einer Förderlandschaft, die besonders First Mover-Projekte bei einer tiefen Dekarbonisierung von Produktionsanlagen unterstützen. Dabei haben sich insbesondere die Klimaschutzverträge als ein effektives und aufgrund der Rückzahlungsverpflichtungen mithin auch förderpolitisch gerechtes Instrument zur Realisierung erster konkreter Projekte herausgestellt. Die jüngsten Kürzungen bei den Mitteleinstellungen für die kommenden Jahre wecken Zweifel an dem Bekenntnis der Bundesregierung zur Unterstützung der Industrietransformation, auch wenn eine im verfügbaren Mittelumfang gekürzte zweite Runde der Klimaschutzverträge nun erstmals auch CCS-Projekte

3

¹ Bellona und E3G (2023): CCS Ladder, URL: https://de.bellona.org/publication/ccs-leiter/.



zulässt. Wir fordern daher eine Fortsetzung und nachhaltige Finanzierung der Klimaschutzverträge und weiterer Förderprogramme wie der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz.

3. Kernaufgaben des KSpTG: Das CO₂-Netz als Klimainfrastruktur und die CO₂-Speicherkapazität als strategische Ressource

Neben der Carbon Management-Strategie und einem effektiven Förderrahmen ist insbesondere der Aufbau der CO₂-Infrastruktur und von verfügbaren CO₂-Speicherkapazitäten erforderlich. Es ist ein wichtiger Meilenstein, dass für letzteres jetzt die legislativen Grundlagen u. a. im KSpTG gelegt werden.

Das CO₂-Netz als essenzielle Klimainfrastruktur

Bellona Deutschland begrüßt ausdrücklich die Priorisierung des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Wasserstoffwirtschaft sowie den Ausschluss von ${\rm CO_2}$ -Leitungszugängen für Emissionen aus der Kohleverbrennung im Einklang mit dem beschlossenen Kohleausstieg.

Verbesserungsbedarf besteht insbesondere bei der Berücksichtigung multimodaler Transportoptionen. Während der Pipelinetransport langfristig die effizienteste Lösung darstellt, sind Schiene, Schiff und LKW in der Hochlaufphase – insbesondere für Standorte mit größerer Entfernung zu etwaigen künftigen Clustern – unverzichtbar. Der Gesetzgeber sollte sicherstellen, dass alle relevanten Emissionsquellen über flexible Transportoptionen an das entstehende CO₂-Netz angeschlossen werden können.

Zudem sollte die Planung der CO₂-Infrastruktur systemisch besser mit der Energie- und Raumplanung verzahnt werden. Eine übergeordnete nationale Koordinierung – analog zu den bestehenden Netzentwicklungsprozessen im Strom- und Gasbereich – ist erforderlich, um Synergien zu nutzen, Zielkonflikte frühzeitig zu adressieren und Akzeptanz durch Transparenz zu fördern. Es muss gelingen, dabei jeweils die naturschutzfreundlichsten Routen – offshore wie onshore – und Lagen, z. B. für Pumpstationen, zu suchen. Sicherlich nicht jede denkbare mit dem CO₂-Netz verknüpfte Anlage sollte sich in der Abwägung mit anderen Schutzgütern nur aufgrund des "überragenden öffentlichen Interesses" durchsetzen. Aufgrund der vielfältigen – im Grundsatz als Klimainfrastrukturen wichtigen Projekte – die sich inzwischen in "überragendem öffentlichen Interesse" befinden, haben wir Zweifel zur rechtspraktischen Anwendung, wenn sich realiter Konflikte z. B. zwischen Stromnetzplanung und CO₂-Planung zeigen sollten. *Wir fordern daher, im KSpTG sicherzustellen, dass das "überragende öffentliche Interesse" an der CO₂-Infrastruktur nicht pauschal Vorrang gegenüber Umwelt- und Naturschutzbelangen erhält, sondern im Rahmen einer integrierten, transparenten Raumplanung konkretisiert wird.*

Die komplexe Entwicklung von CO₂-Speichern in Deutschland

Die tiefengeologische Speicherung von CO_2 ist ein erprobtes und z. B. in Norwegen schon seit mehr als 30 Jahren angewendetes Verfahren, dass wie jede Technologie nicht ohne Restrisiken auskommt. Diese Risiken müssen jedoch im Verhältnis zu einem deutlich größeren Risiko gesehen werden – nämlich die durch Untätigkeit weiter freigesetzten Prozessemissionen, die die Klimakrise verschärfen und das Überschreiten teils irreversibler Kipppunkte im Klimasystem



wahrscheinlicher machen. Mit dem KSpTG hat Deutschland die Gelegenheit, zu zeigen, dass CO₂-Speicherung im Einklang mit höchsten Umwelt- und Naturschutzstandards umgesetzt werden kann – an Land wie auch im Meer.

Aufgrund der langen Vorlaufzeiten der Speicherentwicklung und herausfordernden Bedingungen in der deutschen AWZ ist Offshore-CO₂-Speicherkapazität, insbesondere in Form tatsächlich verfügbarer jährlicher Injektionskapazität, absehbar ein knappes Gut bzw. eine strategisch einzusetzende Ressource. Bei konservativen Annahmen liegen die realistisch nutzbaren Injektionskapazitäten in der AWZ vermutlich bei lediglich 10 bis 30 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.² Vergleicht man dieses Potenzial mit den ca. 50 Millionen Tonnen CO₂, die allein in den "No regret"-Anwendungsbereichen Zement, Kalk und der thermischen Abfallverwertung anfallen, wird ersichtlich, dass diese Emissionen nicht vollständig unter der deutschen Nordsee gespeichert werden können.

Wie viel Kapazität tatsächlich benötigt wird, hängt maßgeblich ab von:

- dem weiteren Ambitionsniveau der deutschen Klimapolitik, insbesondere der strikten Priorität für die Vermeidung von CO₂-Entstehung und Maßnahmen wie z. B. Kreislaufwirtschaft und Materialsubstitution.
- der Entwicklung anderer Transformationspfade (z. B. Verfügbarkeit grünen Wasserstoffs, der Elektrifizierung, einiger weniger CCU-Pfade mit nachhaltig realisierbarer Energiebedarfsdeckung, dauerhafter Speicherung oder hinreichend vollständiger Kreislaufführung des CO₂). Ein ambitionierter Hochlauf der Alternativen zu CCS reduziert den nötigen Umfang von CCS und insbesondere der Speicherentwicklung, kann einen zügigen Aufbau vor allem in der Anfangsphase rechnerisch allein schon aufgrund der in der Industrie anfallenden schwer vermeidbaren CO₂-Mengen aber nicht ersetzen.

Effektives Flächenmanagement

Ein Mangel an Injektionskapazität könnte bei isolierter Betrachtung Deutschlands daher ab Mitte der 2030er-Jahre zu einem ernsthaften Flaschenhals für industrielle Dekarbonisierung werden.³ Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass bei der Errichtung von Speichern die Meeresumwelt und Trinkwasserqualität nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Umso wichtiger ist es, eine nachhaltige Speichererschließung im Sinne eines effektiven Flächenmanagements aktiv mit folgenden Nachbesserungen an bzw. Ergänzungen zum KSpTG zu fördern:

 Die in § 13 KSpTG-E vorgesehene Ausnahme von den Mindestabständen zu Meeresschutzgebieten bei festgestellten Kapazitätsengpässen ist kritisch, da eine Speicherung innerhalb dieser Zonen u. a. die Fauna durch schallintensive Untersuchungen empfindlich stören könnte. Gleichzeitig trägt die so zusätzlich erschlossene Fläche nicht substanziell zur Erhöhung der in der deutschen AWZ

² Siehe dazu: Wallmann, K. und das GEOSTOR-Konsortium (2025):

CO₂-Speicherung unter der deutschen Nordsee? Ergebnisse aus drei Jahren Forschung, DOI: https://cdrmare.de/wp-content/uploads/2025/05/GEOSTORergebn_ph1_web250521.pdf.

³ Siehe zur Entwicklung von CO₂-Speichern: Bellona Deutschland (2025): CO₂-Speicherkapazität: Von der Potenzialabschätzung zur realistischen Erschließbarkeit, URL: https://de.bellona.org/publication/co2-speicherkapazitaet/.



verfügbaren Speichervolumina bei und schwächt damit das Vertrauen, dass der Meeresschutz bei der Entwicklung von ${\rm CO_2}$ -Speichern höchste Priorität hat. Ebenso ungeeignet zur substanziellen Erhöhung der verfügbaren Speicherkapazitäten ist die nunmehr vorgesehene Regelung, dass bis zu ¼ des zur Speicherung vorgesehenen Porenvolumens eines Speichers unter dem Küstenmeer liegen dürfen. Diese Regelung könnte dazu führen, dass weitere Aktivitäten in das bereits stark belastete Küstenmeer verlagert werden, ohne gänzlich neue potenzielle Speicherkomplexe mit hohem Volumen neu der Erschließung zuzuführen.

- Bei der Planung von Pipelinetrassen in der Nordsee sollte primär auf vorbelastete Flächen wie bestehende Schifffahrtsrouten oder Kabeltrassen zurückgegriffen werden, um zusätzliche Konflikte mit Naturschutz und mariner Nutzung zu vermeiden.
- Wir halten es daher für notwendig, die Ansätze zur Integration von CO₂-Speicherstätten in die marine Raumordnung auch im KSpTG zu konkretisieren. Dabei sollten vorrangig bereits intensiv genutzte Gebiete berücksichtigt und umfassende Ausgleichsflächen geschaffen werden, um Flora, Fauna und andere Nutzungsinteressen angemessen zu schützen. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass z. B. dem Ausbau von Offshore-Windenergie der Vorrang vor der CO₂-Speicherung gebührt.
- Es sollte stattdessen im Wege einer synergetischen Raumplanung geprüft werden, ob bereits für Offshore-Windenergieanlagen ausgewiesene Flächen auch zusätzlich für CO₂-Speicherung nutzbar gemacht werden können. Dabei darf weder das Monitoring der Speicher noch die Standsicherheit der Windenergieanlagen beeinträchtigt werden. Die entsprechenden Untersuchungen (Seismik etc.) müssten dann vor dem Bau des Windparks geschehen.
- Wir weisen darauf hin, dass § 13 KSpTG-E vorsieht, dass die weitere Energiegewinnung, insbesondere Offshore-Windenergie, "nicht wesentlich" beeinträchtigt werden darf. Diese Formulierung eröffnet einen weiten Ermessensspielraum, der zu Lasten des Ausbaus erneuerbarer Energien wirken könnte. Wir fordern, deutlich klarzustellen, dass Offshore-Windenergie gegenüber CO₂-Speicherung Vorrang hat, falls eine Mehrfachnutzung der Fläche nicht möglich ist. Ein gewisser Ermessensspielraum wird erforderlich sein, sollte jedoch so eng wie möglich gefasst werden, um den Vorrang der Windenergie sicherzustellen.
- Seismische Untersuchungen sollten auch in bereits intensiv genutzten Bereichen möglichst minimalintensiv erfolgen, etwa durch den Einsatz schallminimierender Verfahren nach aktuellem Stand der Technik, um Umweltrisiken weiter zu reduzieren.

Während die Speicherkapazität und insbesondere die effektiv erreichbaren Injektionskapazitäten in der deutschen Nordsee Limitationen unterliegen, sind begrenzende Faktoren andernorts weniger stark ausgeprägt. Zwei bisher zu wenig diskutierte Optionen sollten daher deutlich stärker berücksichtigt werden:

A. Angesichts der für die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität nötigen verfügbaren CO₂-Injektionskapazitäten sollte die Onshore-Speicherung von CO₂ aktiver ins Auge gefasst werden, als es die Verschiebung von Entscheidungen in eine ferne Zukunft im Wege der avisierten Opt-in-Klausel möglich macht.



B. Neben der Speicherung in Deutschland sind legislative Grundlagen (z. B. London-Protokoll) und Infrastruktur für den Export von CO₂ in Staaten mit verfügbaren Injektionskapazitäten (wie z. B. Dänemark, Norwegen oder das Vereinigte Königreich) zügig umzusetzen.

Aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes sollte die Bundesregierung die Speicherung von CO₂ an Land nicht vorschnell zur Umgehung des "Not in my backyard"-Phänomens depriorisieren. Die vielfältigen Flächennutzungskonflikte in der deutschen Nordsee können zwar im oben skizzierten Sinne moderiert werden, gleichzeitig ist aber zu bezweifeln, dass eine Speicherung von CO₂ unterhalb der deutschen Nordsee – obschon grundsätzlich sinnvoll und durchführbar – auch die Option ist, die den geringsten "ökologischen Fußabdruck" hat. Wir sind der Überzeugung, dass Vorbehalte gegen die Onshore-Speicherung wesentlich durch eine transparente politische, problemantizipierende und am Klimanutzen der Technologie orientierte Kommunikation abgebaut werden können – u. a. auch durch institutionalisierte Beteiligungsund Konsultationsverfahren, wie z. B. einem fortgesetzten Carbon Management-Stakeholderdialog.

4. Fazit

Deutschland braucht jetzt zügig eine ehrliche und strategische Entscheidung: Will es CCS als integralen Bestandteil seines industriellen Klimaschutzes gestalten und zielstrebig die Rahmenbedingungen in KSpTG, CMS und Förderrahmen setzen – oder weiterhin zögerlich zusehen, wie andere Länder voranschreiten und die Klimakrise sich zunehmend verschärft?

Ein eindeutiges Bekenntnis zu ambitionierten Klimazielen, ein klarer regulatorischer Rahmen und die frühzeitige Erschließung von ${\rm CO_2}$ -Speicherkapazitäten im Einklang mit dem Naturschutz sind die Grundlage, um Klimaneutralität in der Industrie auch mithilfe von CCS realistisch erreichbar zu machen. CCS ist kein Widerspruch zur Transformation, sondern ein Baustein ihrer Vollendung – insbesondere dort, wo Prozessemissionen sonst fortbestehen würden. 4 Aufgrund der hohen Relevanz von CCS für die Industrietransformation in Deutschland gilt es nun, den parallelen Hochlauf aller ${\rm CO_2}$ -Speicheroptionen voranzutreiben: Offshore, onshore und auch den Export.

Eine entschlossene Umsetzung der Carbon Management-Strategie, flankiert durch ein aktives Flächenmanagement beim Aufbau von CO₂-Speichern, die Offenhaltung von Export- und Onshore-Optionen und eine Absage an die politische Verwässerung der Klimaziele, sind die Voraussetzungen für Planungssicherheit, industrielle Innovation und faire Wettbewerbsbedingungen. Nur so kann Deutschland seine industrielle Basis erhalten und zugleich seine Klimaziele erreichen.

Ror	lin	Okto	har	2025
DEL	un.	OKIU	וטטו	ZUZ 3

-

⁴ Siehe dazu: Bellona Deutschland (2025): CCS vs. Transformation. Steht CCS der Transformation zu einer klimaneutralen Industrie im Weg?, URL: https://de.bellona.org/publication/ccs-vs-transformation/.



Kontakt

Fabian Liss
Referent Industrielles Carbon Management fabian@bellona.org

Dr. Georg Kobiela Politische Leitung georg@bellona.org

Bellona Deutschland gGmbH Neue Promenade 6 10178 Berlin

Lobbyregister: R005021

Bellona Deutschland ist eine gemeinnützige Klima- und Umweltschutzorganisation mit dem Fokus auf Klimaschutz in der Industrie. Wir verfolgen einen wissenschaftsbasierten und lösungsorientierten Ansatz. Zentrale Motivation unserer Arbeit ist die systemische Einordnung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, um deren Potenziale und Mehrwerte für den Klimaschutz auszuschöpfen und Anwendungen sinnvoll zu fokussieren.